

Er scheint wöchentlich einmal: Freitags.
 Ausgaben: Die fünfgepagelten Beilagen 40 Pf.
 Für die Ortsvereine 10 Pf.
 Im Abonnement nach Vereinbarung.
 Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
 Eingetragen in der Post-Zeitungspreislifte.
 Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-V.)

Nr. 51

Berlin, den 20. Dezember 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
 Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/222, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalderstr. 221/222, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
 Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Friede den Menschen auf Erden! — Die neuen Verhandlungen der Zentralvorstände resultatlos! — Die Stellung der Bodenreformer zu dem Kampf um das Petroleummonopol. — Weihnachten und Wirtschaftsleben. — Rundschau: Bitte, nicht übersehen! Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Eine Reform der industriellen Friedensgesetze in Querschnitt. — Genießen: Mittelalterliche Christbeschneuerung für die Stadtwerke der Holzarbeit. — Aus der Rechtsprechung. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Dörfen. Dortmund. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Friede den Menschen auf Erden.

⊗ Weihnachten steht vor der Tür, trotzdem will sich bei uns noch keine rechte Feststimmung zeigen. Die Menschenkinder, ob jung oder alt, sehen Weihnachten gern im weißen Kleide des Winters. Wenn Wald und Flur mit Schnee bedeckt, dann empfinden wir viel in pulviger die Nähe des Festes des Friedens und der Glückseligkeit. Während wir diese Zeilen schreiben, ist jedoch nichts von Schnee zu sehen, sondern der Wind pfeift unheimlich drohend um das Haus und heult und jammert ganz brängstend durch den Kamin. An die Fenster klopft der Regen, kurz ein unfreundlicher Tag. Dieses trübe Wetter, das so gar nicht zur Freude stimmt, sondern melancholischen Gedanken geradezu Vorschub leistet, ist es auch, das uns über die wundervolle Vorstellung „Friede den Menschen auf Erden“ etwas tiefer zum Nachdenken veranlaßt.

Der Kampf ums Dasein, die tägliche Not ums Leben, sie verschlingen gar oft bei den Menschen jede friedfertige Stimmung, und peitschen dieselben geradezu auf, dem andern alles abzurufen, das er im Überfluß hat. Wo finden wir die wunderbare Anschauung des Erlösers, dessen Geburt wir an Weihnachten feiern, wer zwei Hölle hat, gebe dem einen der keinen hat, heute noch vertreten? Wohin unser Auge schweift, krasser Egoismus, die Eier, sich Reichthümer selbst auf Kosten seiner Mitmenschen zusammenzuraffen, ist das Signum der heutigen Zeit. Wohl ist im Laufe der Jahre manches zur Besserung der Klasse, die wir zu vertreten haben, durch die Gesetzgebung geschehen. Trotzdem bedeutet es einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, wenn wir all die Not und Ungerechtigkeiten, unter der die Arbeiter heute noch leiden, betrachten. Unter der Kapitalisierung der heutigen Produktion hat eine immer größere Rechtlosigkeit der Arbeiter Platz gegriffen, sodaß wir den verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches den dringenden Weihnachtswunsch unterbreiten möchten, dieser Rechtlosigkeit des größten Teiles deutscher Staatsbürger durch die Schaffung eines Arbeitsrechtes ein Ende zu bereiten.

Auch sonst ist es um den Frieden unter den Menschen schlecht bestellt. Bis vor wenigen Tagen haben sich die Völker im Balkan mit der Tod sendenden Waffe gegenübergestellt. Tausende und Abertausende wurden getötet, den Eltern wurden die Söhne, den Kindern der trennende Vater, dem schwachen Weibe der schützende Gatte durch diesen Rassenmord für immer entzogen. Kommerzielle, weniger kulturelle Fragen haben zu diesem Kriege geführt, der auch das Weihnachtstfest, trotz Friedensverhandlungen überdauern wird.

Und bringt das Weihnachtstfest etwa den deutschen Holzarbeitern Ausblick auf eine friedliche Zukunft? Nein, auch hier auf wirtschaftlichem Gebiete sieht es nicht gerade sehr friedfertig aus. Die Tarifverträge, die 1910 in einer großen Reihe von Städte abgeschlossen wurden und am 15. Februar 1913 ihren Ablaufstermin haben, sind von den Arbeitgebern im deutschen Holzgewerbe gekündigt worden. Das wäre an und für sich nicht schlimm, wenn nicht unter einen Teil dieser Unternehmer eine sehr kriegerische Stimmung herrschen würde, die so gar nichts vom Frieden unter den Menschen wissen wollen. Alle Beteuerungen des Gegenteils sind ernsthaft auf ihren Wert zu prüfen, denn die letzten Verhandlungen zum Zwecke des Abschlusses eines neuen Tarifvertrages an dem starren Nein der Arbeitgeber, auf die Wünsche der Arbeiter gescheitert. Ist dieser ablehnende Standpunkt, wenn diese Herren den Frieden haben wollen, berechtigt? Auch hier müssen wir eine vernünftige Antwort geben. Die Forderung aller Bedarfsartikel ist in den letzten 3 Jahren ganz rasch in die Höhe gegangen, so daß ohne eine entsprechende Lohnerhöhung, was wir auf einen neuen Vertrag verzichten möchten. Auch in den

übrigen zur Verhandlung stehenden Fragen wäre bei einem einigermaßen guten Willen eine Verständigung möglich, statt dessen mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Dazu kommt, daß mit Jahreschluß auch die Verträge im Baugewerbe ablaufen, und die Koalition all dieser baugewerblichen Arbeitgeberverbände in einen Reichsbund läßt darauf drängen, daß man von einem Frieden unter den Menschen sehr weit entfernt ist.

Alle diese Wahrnehmungen stimmen uns ernst unterm Weihnachtstbaum, sie zeigen uns, daß wir nicht in Gefühlsduselei machen dürfen, sondern unablässig in unserem Gewerksverein rufen und neue Mitglieder für ihn werben müssen, um durch seine Macht und Stärke zu erhalten und zu fördern den Frieden unter den Menschen.

Die neuen Verhandlungen der Zentralvorstände resultatlos!

⊗ Wie wir schon in unserer Nummer 49 der „Woche“ mitteilten, sollten am 13. u. 14. Dezember erneut Verhandlungen der Zentralvorstände wegen des Tarifablaufes stattfinden. Am 9. Dezember waren in den meisten Vertragsorten, die von dem Tarifablauf betroffen sind, Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In diesen örtlichen Verhandlungen kam man jedoch über die rein akademische Behandlung der in Frage stehenden Materie nicht hinaus. Die Unternehmer ließen sich mit wenigen Ausnahmen die Wünsche der Arbeiter vortragen und begnügten, um ihnen dann jedoch fast überall die stereotypische Antwort entgegenzusetzen, daß sie wohl bereit wären den alten Vertrag zu erneuern, ohne jedoch irgendwelche Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung bewilligen zu können. Daraus könnte man allerdings noch keine endgültigen Schlüsse für den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen ziehen, wenn nicht bei diesen örtlichen Verhandlungen vielfach von den Arbeitgebern die Erklärung abgegeben worden wäre, daß sie von ihrem Zentralvorstand die strikte Weisung erhalten hätten, nichts zu bewilligen, was letztere jedoch bei den zentralen Verhandlungen entschieden bestritten.

Nach Durchsicht der von den Ortsvereinen beim Hauptvorstand eingesandten Verhandlungsprotokolle, sahen wir, daß die Arbeitgeber ihr Ziel, das von uns schon öfter mitgeteilt wurde, energisch verfolgen. Wenn Kenner der Verhältnisse aus ersten Verhandlungen auch noch nicht erwarten, gleich positive Resultate zu erzielen, so gibt doch dieses Vorgehen des Zentralvorstandes der Arbeitgeber zu Bedenken Anlaß. Aus diesem Grunde konnte man mit Spannung der Sitzung der Zentralvorstände entgegen sehen.

Am Freitag, den 13. Dezember, begannen die Verhandlungen zunächst mit der Beilegung der tariflichen Differenzpunkte in Badenweiler u. Höchst a. M. In Badenweiler wollten die Arbeitgeber entgegen den klaren Bestimmungen des Vertrages die am 1. Oktober 1912 fällige Lohnerhöhung für Lohnarbeiter den Tischlergesellen nicht gewähren, sondern nur den ungelerten Arbeitern, indem diese sich der „salomonischen“ Auslegung bedienten, die Lohnschüler wären keine Arbeiter, sondern Gesellen. In diesem Falle wurde beschlossen, daß die Badenweiler Arbeitgeber allen Lohnarbeitern, also auch den Lohnschülern, die tarifliche Zulage bezahlen müßten und zwar mit rückwirkender Kraft; diesen Lohnarbeitern ist die tarifliche Lohnverhöhung vom 1. Oktober d. J. nachzuzahlen. In Höchst liegen die Verhältnisse so, daß die Arbeitgeber den Ausgleichspennig, der mit der eingetretenen Arbeitszeitverkürzung Platz zu greifen hat, nur den Lohnarbeitern, nicht aber den Akkordarbeitern gewähren wollen. Dort sind aus diesem Grunde ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten, worauf die Arbeitgeber mit der Aussperrung antworteten. Diese Angelegenheit soll nach Anhörung der örtlichen Parteien der Verhandlungskommission bei Abschluß des Vertrages zur Fällung eines Schiedspruches unterbreitet werden, nachdem von den Streitenden die Arbeit wieder aufgenommen und von den Arbeitgebern die Aussperrung zurückgenommen ist.

Nach dieser Beilegung der Streitfälle wurde in die Tarifberatung eingetreten. Der Hauptpunkt der Beratung betraf die Vertragsdauer bzw. Ablaufstermin der neuen Verträge und die Festsetzung der Arbeitszeit. Während die Arbeitnehmer an der vierjährigen Ver-

tragsdauer festhalten, wollen die Arbeitgeber dreijährige Verträge. Sie begründen diesen Standpunkt damit, daß die neu abzuschließenden Verträge mit denen der jetzt vorhandenen vierten Vertragsgruppe einen gleichen Ablaufstermin erhalten müßte, ihr Endziel sei der Reichstarif, d. h. alle im Holzgewerbe vorhandenen Verträge müßten ein und denselben Ablaufstermin erhalten. Die Arbeiter sind aus verschiedenen Gründen gegen diesen Plan. Zunächst würde die Arbeit zum Abschluß neuer Verträge eine nicht zu bewältigende sein, wenn so und so viel Verträge neu beraten werden, wenn bei dieser Massenabfertigung nicht große Härten und Schäden für die Arbeiter eintreten sollen. Außerdem hätte es aber für die Arbeiter schlechte Sachwalter ihrer Interessen zu sein, wollten sie durch Vergrößerung des Kampfgebietes ihre eigene Position schwächen. Da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharren, kam es zu keiner Verständigung in diesem Beratungsgegenstand.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung ging es ähnlich, da die Arbeitgeber sich darauf koprizierten zu erklären, eine Arbeitszeitverkürzung unter 54 Stunden unter keinen Umständen zu bewilligen in dieser Vertragsperiode. Mit diesem Standpunkt stehe und falle der Vertrag. Alle Gegenstände der Arbeitervertreter prallten wirkungslos an den Unternehmern ab, man merkte deutlich, wie die Herren auf die angeblüh hinter ihnen stehende Macht pochten. Nach einer fast endlosen Generaldiskussion über diesen Punkt erklärten die Unternehmer, daß sie dann die Verhandlungen als vorläufig gescheitert betrachten müssen. Die Arbeitnehmer machten nochmals den Versuch, das Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, indem sie den Vorschlag machten am andern Tag erneut zusammenzutreten und weiter über diesen Punkt zu verhandeln. Dieser Vorschlag wurde akzeptiert und am 14. Dezember vormittags die Beratungen wieder aufgenommen. Nach wenigen Stunden jedoch, bedingt durch das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber resultatlos abgebrochen. Die Arbeitgeber wollen in einer Ende Dezember stattfindenden Städtekonferenz noch einmal zu der ganzen Materie Stellung nehmen.

Wir haben nicht die Hoffnung, daß dabei für die Arbeiter viel praktisches herauskommen wird, insbesondere deshalb nicht, weil uns die Kriegsanfänge durch die Kaiserlicheresolution der Städtekonferenz der Unternehmer vom Jahre 1909 noch lebhaft in Erinnerung ist. Die Arbeiter werden also wahrscheinlich noch ehe dieses Jahr zu Ende geht erfahren, daß die Städtekonferenz sehr kriegerisch gestimmt war. Bereiten wir uns daher vor, damit wir gerüstet das Ultimatum entgegennehmen können.

Die Stellung der Bodenreformer zu dem Kampf um das Petroleummonopol.

Aus führenden Bodenreformkreisen wird uns geschrieben:

Man macht sich eine falsche Vorstellung von der Bodenreformbewegung, wenn man glaubt, daß diese ausschließlich mit den Fragen des Bodens an sich zu tun hätte, daß sie nicht auch die weiteren Zusammenhänge sähe, die dahinter liegen. Wer das Wesen der Bodenreform richtig erkannt hat, der weiß sehr wohl, daß man nicht lediglich von einem Punkte aus reformieren kann, sondern daß es sich um große wirtschaftliche Zusammenhänge handelt; der weiß vor allem, daß die Gegner der Bodenreform nicht nur an einem Punkte, sondern auf der ganzen Linie angegriffen werden müssen, wenn es zu einem wirklichen Fortschritt kommen soll. Von diesem Standpunkt aus haben wir auch wiederholt das Monopol des Rheinisch-Beselschen Kohlenhabitals besprochen, und es erscheint notwendig, daß wir auch zu der Frage des Petroleummonopols Stellung nehmen.

Die erste Anregung zu einer Besprechung dieser Frage gab, soweit wir sehen, der Bundesvorsitzende der Deutschen Bodenreformer Adolf Damaßke in seinem Aufsatz „Zur Reichsfinanzreform“ in der „Bodenreform“ 1908, S. 612 ff.

Er schreibt dort:
 „So sind noch Gebiete, die als zu Monopolen bestimmt erschienen müssen, und die deshalb hier unter die Kontrolle der Gesamtheit, als unter die Kontrolle unverantwortlicher Großaktionäre zu stellen sind? Vielleicht läßt sich hier an ein Petroleummonopol denken, das wohl

die Lage der Arbeiter zu verbessern. Würden die Schatzwacher gegen die Lebensmittelvertreter auftreten, der Kampf gegen die Arbeiter würde ihnen dadurch erspart. Sollte uns der Kampf aufgedrungen werden, so wollen wir ihn durchführen zum Wohle der deutschen Arbeiterschaft in der Holzindustrie. An der Debatte beteiligten sich verschiedene Kollegen und es wurde viel Beachtenswertes vorgebracht, woraus die Kollegen lernen konnten. Gegen ungerechte Arbeitsvermittlung und die Monopolherrschaft des Holzarbeiterverbandes, sowie die vielfach unüberlegte Arbeitsniederlegung, um die Kollegen, die einer andern Organisation angehören, zum Uebertritt in die freien Gewerkschaften zu zwingen, wurde scharf polemisiert. Ebenso scharfe Worte fand die Versammlung gegen die vielfach noch vorhandene Ueberstundenwirtschaft. Auch die gelben Werkzeuge wurden einer Erörterung unterzogen und erklärt, man mache die trübe Erfahrung, daß es gerade unter den Verbändlern sehr viel Leute gibt, die sich den Gelben anschließen. Im Schlußwort betonte Kollege Volkmann nochmals, recht auf der Hut zu sein und die Sache nicht auf die leichte Seite zu nehmen. Habe er doch in Dresden gesehen, daß die Kollegen mit Interesse ihre Sache vertreten, mögen sie es im Ernstfalle auch so tun. Wir müssen aber auch alles aufbieten, daß in den Arbeiterorganisationen auch die Minderheit zu ihrem Rechte kommt. Würde der Vertragsabschluß nur mit einer Organisation vollzogen, so würden sich mit der Zeit Zustände entwickeln, die jeder Bekämpfung spotten. Die drastischen Beweise liefern jetzt schon der Maler- und Töpferverband. Jeden andersorganisierten Kollegen sucht man auszuschließen. So, wie das Kapital einig ist, wenn es in Gefahr kommt, ebenso sollte die gesamte Arbeiterschaft einig sein, wenn es gilt, ihre Interessen zu vertreten und ihre Lebenslage zu verbessern. So muß die Arbeiterschaft alle Kräfte anspannen, um den Kampf in Ehren bestehen zu können. Nachdem der Vorsitzende im Namen der Versammlung dem Vortragenden den Dank für seinen lehrreichen Vortrag ausgesprochen, schloß er die Versammlung gegen 9 Uhr. E. M.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Ostpr.), Frankfurt a. O., Königsberg (Unionsgießerei), Rybnitz (Drehler), Stolp (Ja. Diel).

Tarifveränderung. In Thorn tritt am 1. Januar 1913 eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde ein, und zwar von 57 auf 56 Stunden pro Woche. Mit dem gleichen Datum tritt eine Lohnerhöhung von einem Pfennig ein.

Briefkasten der Redaktion.

H., Augsburg. Beinen Dank für die Mitteilung. Habe mich über euren Erfolg aufrichtig gefreut. Gruß W. S., Dortmund. Nächste Nummer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 50. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Mit Jahreschluß werden in den Ortsvereinen die Bücher der Kassierer zum Teil erneuert. Um unnötige Portoausgaben zu vermeiden, ersuchen wir die Ortsvereinskassierer schon jetzt, zu prüfen, ob die einzelnen Bücher noch für das Jahr 1913 ausreichen. Wo dieses nicht der Fall ist, ersuchen wir um Mitteilung, welche Bücher erneuert werden müssen; wir werden dann sämtliche Bücher auf einmal zusenden, ungeachtet, ob sie jetzt schon benötigt werden oder erst in der Mitte des Jahres. Selbstverständlich werden die alten Bücher zuerst aufgebraucht.

Nach dem § 13 des Verbandsstatuts ist unser Gewerksverein berechtigt, zu dem Pfingsten 1913 stattfindenden Verbandstage zwei Vertreter zu entsenden.

Nach § 35 unseres Gewerksvereinsstatuts sind diese Vertreter durch Mitgliederabstimmung zu wählen. Als gewählt gilt derjenige, der die absolute Majorität der Stimmen auf sich vereinigt. Als Stellvertreter gilt der die nächstgrößte Stimmenzahl aufweisende Kollege. Die zur Wahl vorgeschlagenen Mitglieder müssen mindestens 21 Jahre alt sein und dem Gewerksverein wenigstens 3 Jahre angehören.

Die Ortsvereine werden nach ihrer geographischen Lage in zwei Wahlbezirke eingeteilt. Die Einteilung ist unterhalb der Bekanntmachung ersichtlich. Es steht jedem Ortsverein das Recht zu, einen Kandidaten in Vorschlag zu bringen. Es wäre aber im Interesse der Geschäftsvereinfachung empfehlenswert, wenn sich die Ortsvereine der Bezirke untereinander auf eine geringere Anzahl von Kandidaten einigen würden, um auch dadurch eine größere Stimmenzersplitterung zu vermeiden. Die Vorschläge für die zu wählenden Kandidaten müssen spätestens am 6. Januar sich in Händen des Bureaus befinden. Später eingehende Vorschläge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die in Vorschlag gebrachten Kandidaten werden bezirksweise in der „Eiche“ veröffentlicht, woraufhin zur Wahl der Abgeordneten zu schreiben ist. Das Protokoll der Wahl, sowie die Stimmzettel sind an den Hauptrevisor Kollegen A. Günther, Berlin O 112, Rigaer Straße 50/51, zu senden. Dieses muß spätestens bis zum 24. Februar erfolgt sein. Spätere Eingänge werden zum Wahlergebnis nicht hinzugezählt. Es wäre angebracht, sich bei den vorgeschlagenen Kandidaten zu vergewissern, ob ihnen Zeit und Umstände die Teilnahme am Verbandstage ermöglichen.

Da es höchstwahrscheinlich ist, daß es zu Stichwahlen kommen wird, ist eine pünktliche Befolgung dieser Anweisung durchaus erforderlich, damit das Wahlgeschäft nach vollzogener Stichwahl am 16. März 1913 als endgültig erledigt betrachtet werden kann. Der Hauptvorstand.

Einteilung der Wahlkreise zum Verbandstag.

Ostlicher Bezirk:

Allenstein, Altenburg, Altwasser, Barth, Bautzen, Berent, Beuthen, Breslau, Bromberg, Bülow, Bunzlau, Chemnitz, Coitbus, Cöstrin, Czerst, Danzig I, Danzig II, Dirschau, Dresden, Döbeln, Elbing, Frankfurt-Ober, Freiburg, Glas, Gleiwitz, Glogau, Gorkk, Graubenz, Greifswald, Großenhain, Gumbinnen, Gynau, Hirschberg, Jastterburg, Kattowitz, Königsberg, Landsberg, Langensalza, Lauenburg, Leipzig, S.-Vindenu, Liebenwerda, Liegnitz, Löbau, Magdeburg, Marienburg, Memel, Neuenburg, Neudölln, Ortelsburg, Osterode, Palschlau, Posen, Priebus, Radeberg, Rathenow, Rawitsch, Rothenhal, Rummelsburg, Rybnitz, Schkeuditz, Schmöln, Schweidnitz, Sprottau, Vr. Cargard, Stettin, Stolp, Stralsund, Striegau, Thora, Weiskau, Warmbrunn, Werda, Wittenberg, Zeitz I, Zeitz II, Zittau, Zossen.

Westlicher Bezirk:

Aachen, Ammendorf, Ansbach, Apolda, Augsburg, Barmen, Berlin, Biberach, Bochum, Brandenburg, Bremen, Burg, Cöln, Crefeld, Dessau, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Eisenach, Eilsfeld, Erfurt, Erlangen, Frankfurt a. M., Fürth, Gelsenkirchen, Gera, Göggingen, Götting, Gotha, Haaren, Hagen, Halberstadt, Halle, Hamburg, Hockheim, Jena, Kaiserlautern, Kalk, Karlsruhe, Kempten, Kiel, Lassa, Laupheim, Lauterbach, Lindau, Lübeck, Mannheim, Neufelwit, Nülken, Raumburg, Neu-Ruppin, Neustadt, Neu-Ulm, Nowawes, Nürnberg I, Nürnberg II, Pasewalk, Quedlinburg, Rothenburg, Rudolstadt, Schramberg, Schwelm, Siegen, Spandau, Staßfurt, Stuttgart, Themar, Uffenheim, Ulm, Viersen, Weiskau, Wesel, Wismar, Wittenberge, Worms, Zerbst, Zuffenhausen.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonntag, den 14. Dezember 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Moabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Kurmt. 18, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Weienhölzchen, Schloßstr. 66, Bezirksversamml. Modell- u. Fabriktschler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Scharöder, Stettiner Straße 50, Branchenversammlung. Wahl der Branchenkommission.

Mittwoch, den 18. Dezember 1912: Bezirk Ost- u. Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr: Vertrauensmännerversammlung b. Reich, Petersburger Straße 55. Das Erscheinen sämtl. Vertrauensmänner ist dringend notwendig.

Sonntag, den 21. Dezember 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Vertrauensmännerversammlung und Jahlabend. Bezirk Nord und Bauttschler. Abds. 8-10 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstr. 143, Jahlabend. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mariagall, Goethestr. 59, Bezirksversammlung. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Großgörschenstr. 29, Bezirksversammlung.

Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet Die Verwaltung.

Anzeigen.

Für den Inseratentext ist die Redaktion des Beizers gegenüber nicht verantwortlich.

Großmütterchen weiß am Abend beim trauten Lampenlicht den lieben Kleinen manch rührendes Geschichtlein zu erzählen. Atemlos lauschen sie den schönen Worten der biederamen Erzählerin. Besonders Erzählungen von dem Christkind, das so bald bei braven Kindern mit seinen reichen Gaben Einkehr halten wird, nehmen die weichen Kinderherzen gefangen. Wohl jedes ist reichlich betrieht, durch kein unüberhörtes Verhalten hat des besondern Segens des Christkinds teilhaftig zu werden. Da sei allen Eltern und gütigen Gebern das hervorragende, uns streng reell bekannte Versandgeschäft Jonach & Co. in Berlin N. S. 511 als famose Bezugsquelle bestens empfohlen. Geschenkt- und Luxusartikel aller Art, Leinwand- und Gardinen, Gramophone, photographische Apparate, Musikinstrumente und Schmuckstücke jeglicher Art, ja sogar Spielwaren sind in gediegener Ausführung zu soliden Preisen erhältlich. Wie über die Firma ihre Stunden zufriedenstellt, beweist uns besten der Umstand, daß in einem einzigen Monat 1392 alte Kunden die schon vordem bei der Firma gekauft hatten, nachgekauft haben. Nach von der tiefsten Größe kann man sich am besten durch einen Besichtigung machen, wenn man bedenkt, daß der Kundenkreis sich über 2000 Orte Deutschlands erstreckt, und daß in einem Jahre über 200000 Waren verhandelt werden. Das Ihre Waren verbindet die Firma in feinsten Weise auf Verlangen gegen barbarem Diskontieren. Wir können daher auch unsere besten Bekannte eine Postkarte zu schreiben und für den reichhaltigsten Katalog mit 4000 Abbildungen kommen zu lassen. Adressat: Jonach & Co., Berlin N. S. 511, Behre-Altmarktstraße 2.

Sie kommen nicht vorwärts

... wenn Sie Ihre Kenntnisse nicht erweitern. ...

Submissionskuffe.

Die Mängel des heutigen Submissionswesens und ihre verderblichen Folgen für den gewerblichen Mittelstand.

Jeder Gewerbetreibende muß dieses Büchlein lesen. Preis einschl. Zustellung 2.10 M., Nachn. 25 Pf. mehr. Zu beziehen nur direkt vom Verfasser Carl A. Kottke, Berlin NO 55, Goldapferstr. 2.

Handelwissenschaftliche Kurse von Friedr. Mester, Leipzig

unter Mitwirkung 12 hervorragender Fachleute aus Theorie und Praxis (staatslich geprüfte Lehrer, Akademiker oder auch Kaufleute in führender Stellung). Gründl. Einführung in die verschiedenen Branchen des kaufmännischen Berufes, rationelles Studium der Handels- und verwandten Wissenschaften als Ersatz für ein mehrjähriges Hochschulstudium. Muster-Übungs-Kontor.

Das Studium ist für Anfänger (Damen und Herren), die für Stenographie, deutsche und fremdsprachliche Korrespondenz, Kasse-, Buchführungs- und Bilanz-Technik, Büro-Praxis sich vorbereiten wollen —

sowohl für junge Leute, die nur eine Volks-, Real- oder ähnliche Schule absolviert haben, wie für Herren mit besseren praktischen oder theoretischen Vorkenntnissen, Einjährig-Freiwillige, Abiturienten, für Kaufleute reiferen Alters, die bereits praktisch tätig waren und den Forderungen der Gegenwart entsprechend ihre Fachkenntnisse erweitern oder vertiefen wollen oder für Bankbeamte, Ingenieure, Chemiker, Brauer, Juristen, Nationalökonomien, Offiziere, die für Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen oder Verbände, Aktien- oder ähnlicher Gesellschaften sich vorbereiten wollen. Dauer der Kurse 6 bis 12 Monate — je nach Vorbildung und Ziel.

Prospekte gratis durch die Direktion, Gottschedstrasse 5.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg

Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit Handelskurse. — Größe und anerkannt beste Privatschule der Branche. Im 3. Schuljahr erhielten 69 Schüler Stellung. Progr. u. Bruch. umsonst.

Ortsverein Neudölln.

Sonntag, den 21. Dezember 1912, b. Kramer, Hermannstr. 199, **Versammlung.** Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Ausschuss.

Stolp. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler, Bildhauer und Stiefmacher befindet sich bei dem Kollegen Poethke, Schulstr. 5a, der für die Holzspanntoffelherstellerbranche bei dem Kollegen Koplin, Sandberg 12, Kollegen, die hier in Arbeit treten oder sich verändern wollen, sind verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Der Arbeitsnachweis des süddeutschen Bezirkes befindet sich **Ulm a. D., Weithardstr. 14.** Die Vorstände der Ortsvereine werden dringend ersucht, offene Stellen oder arbeitslose Kollegen sofort nach hier zu melden; desgleichen die Adressen von denjenigen Mitgliedern des Ortsvereins, die außerhalb des Stadtbezirks wohnen oder arbeiten. Die Bezirksleitung: J. A.: Barnholt.

Gelsenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsbevollmächtigten im Gewerksvereinsbureau, Juchtriestr. 18.

Drechsler auf polierte Möbel (Massenartikel) sucht sofort P. Matthey, Lassa u. Anklam.

Ercheint wöchentlich einmal: Freitag.
Anzeigen: Die fünfgehaltene Zeitzeile 10 Hg.
Für die Ortsvereine 10 Hg.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition: Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 51

Berlin, den 20. Dezember 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an C. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Zille, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Friede den Menschen auf Erden! — Die neuen Verhandlungen der Zentralvorstände resultatlos! — Die Stellung der Bodenreformer zu dem Kampf um das Petroleummonopol. — Weihnachten und Wirtschaftsleben. — Rundschau: Bitte, nicht übersehen! Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Eine Reform der industriellen Friedensgesetze in Quersland. — Feuilleton: Mittelalterliche Christbekehrung für die Stadtwerkleute der Holzarbeit. — Aus der Reichsprägung. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Dillau. Dortmund. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Friede den Menschen auf Erden.

Weihnachten steht vor der Tür, trotzdem will sich bei uns noch keine rechte Feststimmung zeigen. Die Menschenkinder, ob jung oder alt, sehen Weihnachten gern im weißen Kleide des Winters. Wenn Wald und Flur mit Schnee bedeckt, dann empfinden wir viel in pulstiger die Nähe des Festes des Friedens und der Glückseligkeit. Während wir diese Zeilen schreiben, ist jedoch nichts von Schnee zu sehen, sondern der Wind pfeift unheimlich drohend um das Haus und heult und jammert ganz brängstend durch den Kamin. An die Fenster klopfen die Regentropfen, kurz ein unfreundlicher Tag. Dieses trübe Wetter, das so gar nicht zur Freude stimmt, sondern melancholischen Gedanken geradezu Vorstoß leistet, ist es auch, das uns über die wundervolle Volkssage „Friede den Menschen auf Erden“ etwas tiefer zum Nachdenken veranlaßt.

Der Kampf ums Dasein, die tägliche Not ums Leben, sie beschenken gar oft bei den Menschen jede friedfertige Stimmung, und peitschen dieselben geradezu auf, dem andern alles abzurufen, das er im Ueberfluß hat. Wo finden wir die wunderbare Anschauung des Erlösers, dessen Geburt wir an Weihnachten feiern, wer zwei Röcke hat, gebe dem einen der keinen hat, heute noch vertreten? Wohin unser Auge schweift, krasser Egoismus, die Eier, sich Reichthümer selbst auf Kosten seiner Mitmenschen zusammenzuraffen, ist das Signum der heutigen Zeit. Wohl ist im Laufe der Jahre manches zur Besserung der Klasse, die wir zu vertreten haben, durch die Gesetzgebung geschehen. Trotzdem bedeutet es einen Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, wenn wir all die Not und Ungerechtigkeit, unter der die Arbeiter heute noch leiden, betrachten. Unter der Kapitalisierung der heutigen Produktion hat eine immer größere Rechtlosigkeit der Arbeiter Platz gegriffen, jedoch wir den verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches den dringenden Weihnachtswunsch unterbreiten möchten, dieser Rechtlosigkeit des größten Teiles deutscher Staatsbürger durch die Schaffung eines Arbeitsrechtes ein Ende zu bereiten.

Nach sonst ist es um den Frieden unter den Menschen schlecht bestellt. Bis vor wenigen Tagen haben sich die Völker im Balkan mit der Tod sendenden Waffe gegenübergestellt. Tausende und Abertausende wurden getötet, den Eltern wurden die Söhne, den Kindern der treusorgende Vater, dem schwachen Weibe der schützende Gatte durch diesen Massenmord für immer entzogen. Kommerzelle, weniger kulturelle Fragen haben zu diesem Kriege geführt, der auch das Weihnachtstfest, trotz Friedensverhandlungen überdauern wird.

Und bringt das Weihnachtstfest etwa den deutschen Holzarbeitern Ansichten auf eine friedliche Zukunft? Nein, auch hier auf wirtschaftlichem Gebiete ist es nicht gerade sehr friedfertig aus. Die Tarifverträge, die 1910 in einer großen Reihe von Städte abgeschlossen wurden und am 15. Februar 1913 ihren Ablaufstermin haben, sind von den Arbeitgebern im deutschen Holzgewerbe gekündigt worden. Das wäre an und für sich nicht schlimm, wenn nicht unter einen Teil dieser Unternehmer eine sehr kriegerische Stimmung herrschen würde, die so gar nichts vom Frieden unter den Menschen wissen wollen. Alle Bekundungen des Gegenteils sind ernsthaft auf ihren Wert zu prüfen, denn die letzten Verhandlungen um Zwecke des Abschlußes eines neuen Tarifes sind an dem harten Nein der Arbeitgeber, auf die Wünsche der Arbeiter geachtet. Ist dieser ablehnende Standpunkt, wenn diese Herren den Frieden haben wollen, berechtigt? Auch hier müssen wir eine vernünftige Antwort geben. Die Leutung aller Bedarfsstoffe ist in den letzten 3 Jahren ganz rapide in die Höhe gegangen, so daß ohne eine ausgleichende Lohnerhöhung, die sie auf einen neuen Vertrag verzichten müßten. Auch in den

übrigen zur Verhandlung stehenden Fragen wäre bei einem einigermaßen guten Willen eine Verständigung möglich, statt dessen mußten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Dazu kommt, daß mit Jahresfluß auch die Verträge im Baugewerbe ablaufen, und die Koalition all dieser baugewerblichen Arbeitgeberverbände in einen Reichsbund läßt darauf deuten, daß man von einem Frieden unter den Menschen sehr weit entfernt ist.

Alle diese Wahrnehmungen stimmen uns ernst unterm Weihnachtsbaum, sie zeigen uns, daß wir nicht in Gefühlsduselei machen dürfen, sondern unabhängig in unserem Gewerksverein rüsten und neue Mitglieder für ihn werben müssen, um durch seine Macht und Stärke zu erhalten und zu fördern den Frieden unter den Menschen.

Die neuen Verhandlungen der Zentralvorstände resultatlos!

Wie wir schon in unserer Nummer 49 der „Woche“ mitteilten, sollten am 13. u. 14. Dezember erneut Verhandlungen der Zentralvorstände wegen des Tarifablaufes stattfinden. Am 9. Dezember waren in den meisten Vertragsorten, die von dem Tarifablauf betroffen sind, Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In diesen örtlichen Verhandlungen kam man jedoch über die rein akademische Behandlung der in Frage stehenden Materie nicht hinaus. Die Unternehmer ließen sich mit wenigen Ausnahmen die Wünsche der Arbeiter vortragen und begründen, um ihnen dann jedoch fast überall die störrische Antwort entgegenzusetzen, daß sie wohl bereit wären den alten Vertrag zu erneuern, ohne jedoch irgendwelche Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung bewilligen zu können. Daraus könnte man allerdings noch keine endgültigen Schlüsse für den weiteren Verlauf der Tarifverhandlungen ziehen, wenn nicht bei diesen örtlichen Verhandlungen vielfach von den Arbeitgebern die Erklärung abgegeben worden wäre, daß sie von ihrem Zentralvorstand die strikte Weisung erhalten hätten, nichts zu bewilligen, was letztere jedoch bei den zentralen Verhandlungen entschieden bestritten.

Nach Durchsicht der von den Ortsvereinen beim Hauptvorstand eingesandten Verhandlungsprotokolle, sahen wir, daß die Arbeitgeber ihr Ziel, das von uns schon öfter mitgeteilt wurde, energisch verfolgen. Wenn Kenner der Verhältnisse aus ersten Verhandlungen auch noch nicht erwarten, gleich positive Resultate zu erzielen, so gibt doch dieses Vorgehen des Zentralvorstandes der Arbeitgeber zu Bedenken Anlaß. Aus diesem Grunde konnte man mit Spannung der Sitzung der Zentralvorstände entgegen sehen.

Am Freitag, den 13. Dezember, begannen die Verhandlungen zunächst mit der Beilegung der tariflichen Differenzpunkte im Sudenwalde u. Höchst a. M. In Sudenwalde wollten die Arbeitgeber entgegen den klaren Bestimmungen des Vertrages die am 1. Oktober 1912 fällige Lohnerhöhung für Bohnarbeiter den Tischlergesellen nicht gewähren, sondern nur den ungelernten Arbeitern, indem diese sich der „salomonischen“ Auslegung bedienten, die Lohnschüler wären keine Arbeiter, sondern Gesellen. In diesem Falle wurde beschlossen, daß die Sudenwalder Arbeitgeber allen Bohnarbeitern, also auch den Lohnschülern, die tarifliche Zulage bezahle müßten und zwar mit rückwirkender Kraft; diesen Bohnarbeitern ist die tarifliche Lohnerhöhung vom 1. Oktober d. J. nachzuzahlen. In Höchst liegen die Verhältnisse so, daß die Arbeitgeber den Ausgleichspennig, der mit der eingetretenen Arbeitszeitverkürzung Platz zu greifen hat, nur den Bohnarbeitern, nicht aber den Akkordarbeitern gewähren wollen. Dort sind aus diesem Grunde ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten, worauf die Arbeitgeber mit der Ausperrung antworteten. Diese Angelegenheit soll nach Anhörung der örtlichen Parteien der Verhandlungskommission bei Abschluß des Vertrages zur Fällung eines Schiedsspruches unterbreitet werden, nachdem von den Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen und von den Arbeitgebern die Arbeitsverträge zurückgenommen ist.

Nach dieser Entscheidung der Streitfälle wurde in die Tarifberatung eingetreten. Der Hauptpunkt der Beratung betraf die Vertragsdauer bzw. Ablaufstermin der neuen Verträge und die Festsetzung der Arbeitszeit. Während die Arbeitnehmer an der vierjährigen Ver-

tragsdauer festhalten, wollen die Arbeitgeber dreijährige Verträge. Sie begründen diesen Standpunkt damit, daß die neu abzuschließenden Verträge mit denen der jetzt vorhandenen vierten Vertragsgruppe einen gleichen Ablaufstermin erhalten müßte, ihr Endziel sei der Reichstarif, d. h. alle im Holzgewerbe vorhandenen Verträge müßten ein und denselben Ablaufstermin erhalten. Die Arbeiter sind aus verschiedenen Gründen gegen diesen Plan. Zunächst würde die Arbeit zum Abschluß neuer Verträge eine nicht zu bewältigende sein, wenn so und so viel Verträge neu beraten werden, wenn bei dieser Massenabfertigung nicht große Härten und Schäden für die Arbeiter einzutreten sollen. Außerdem hätte es aber für die Arbeiter schlechte Sachwalter ihrer Interessen zu sein, wollten sie durch Vergrößerung des Kampfgebietes ihre eigene Position schwächen. Da beide Parteien auf ihrem Standpunkt beharrten, kam es zu keiner Verständigung in diesem Beratungsgegenstand.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung ging es ähnlich, da die Arbeitgeber sich darauf koprizierten zu erklären, eine Arbeitszeitverkürzung unter 54 Stunden unter keinen Umständen zu bewilligen in dieser Vertragsperiode. Mit diesem Standpunkt siehe und falle der Vertrag. Alle Gegenstände der Arbeitervertreter prallten wirkungslos an den Unternehmern ab, man merkte deutlich, wie die Herren auf die angeblich hinter ihnen stehende Macht pochten. Nach einer fast endlosen Generaldiskussion über diesen Punkt erklärten die Unternehmer, daß sie dann die Verhandlungen als vorläufig gescheitert betrachten müßten. Die Arbeitnehmer machten nochmals den Versuch, das Scheitern der Verhandlungen zu verhindern, indem sie den Vorschlag machten am andern Tag erneut zusammenzutreten und weiter über diesen Punkt zu verhandeln. Dieser Vorschlag wurde akzeptiert und am 14. Dezember vormittags die Beratungen wieder aufgenommen. Nach wenigen Stunden jedoch, bedingt durch das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber resultatlos abgebrochen. Die Arbeitgeber wollen in einer Ende Dezember stattfindenden Städtekonferenz noch einmal zu der ganzen Materie Stellung nehmen.

Wir haben nicht die Hoffnung, daß dabei für die Arbeiter viel praktisches herauskommen wird, insbesondere deshalb nicht, weil uns die Kriegsanfänge durch die Kaiserlicherresolution der Städtekonferenz der Unternehmer vom Jahre 1909 noch lebhaft in Erinnerung ist. Die Arbeiter werden also wahrscheinlich noch ehe dieses Jahr zu Ende geht erfahren, daß die Städtekonferenz sehr kriegerisch gestimmt war. Bereiten wir uns daher vor, damit wir gerüstet das Ultimatum entgegennehmen können.

Die Stellung der Bodenreformer zu dem Kampf um das Petroleummonopol.

Aus führenden Bodenreformkreisen wird uns geschrieben:

Man macht sich eine falsche Vorstellung von der Bodenreformbewegung, wenn man glaubt, daß diese ausschließlich mit den Fragen des Bodens an sich zu tun hätte, daß sie nicht auch die weiteren Zusammenhänge sähe, die dahinter liegen. Wer das Wesen der Bodenreform richtig erkannt hat, der weiß sehr wohl, daß man nicht lediglich von einem Punkte aus reformieren kann, sondern daß es sich um große wirtschaftliche Zusammenhänge handelt; der weiß vor allem, daß die Gegner der Bodenreform nicht nur an einem Punkte, sondern auf der ganzen Linie angegriffen werden müssen, wenn es zu einem wirklichen Fortschritt kommen soll. Von diesem Standpunkt aus haben wir auch wiederholt das Monopol des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels besprochen, und es erscheint notwendig, daß wir auch zu der Frage des Petroleummonopols Stellung nehmen.

Die erste Anregung zu einer Besprechung dieser Frage gab, soweit wir sehen, der Bundesvorsitzende der Deutschen Bodenreformer Adolf Damaschke in seinem Aufsatz „Zur Reichs-Finanzreform“ in der „Bodenreform“ 1908, S. 612 ff.

Er schreibt dort: „Wo sind noch Gebiete, die als zu Monopolen bestimmt erscheinen müssen, und die deshalb bisher unter die Kontrolle der Gesamtheit, als unter die Kontrolle unverantwortlicher Großaktionäre zu stellen sind? Vielleicht läßt sich hier an ein Petroleummonopol denken, das wohl

ergiebig zu gestalten wäre, ohne daß der Preis des Petroleums verteuert zu werden brauchte. — Auch unter den unmitttelbar daran beteiligten Kollektanden wird die Frage des Petroleummonopols schon seit Jahren auf das lebhafteste besprochen. Die Standard Oil Company bietet ja geradezu ein Musterbeispiel für die rücksichtslose Bekämpfung des Mittelstandes durch das Großkapital. Wohl an keinem anderen Punkte hat sich der kapitalistische Monopolisierungsprozess mit so ungeheurer Energie durchgesetzt, wie gerade auf dem Gebiete des Petroleumhandels. Die Standard Oil Company hat erst den Großhandel ausgeschaltet und sich unterworfen; dann hat sie den Kleinhandel von sich abhängig gemacht, und nun ging sie daran, auch den Kleinhandel auszuschalten durch die Erreichung des sogenannten Kinnengeschäftes.

Der Staat sah dem zunächst zu, ohne einzugreifen, und stellte sich auf den an sich ganz richtigen Standpunkt, daß, solange dem Verbraucher noch erträgliche Preise gewährt würden, ihn der innere Konkurrenzkampf nichts anginge. Aber mit den niedrigen Preisen geht es zu Ende. Den deutschen Vertretern der Standard Oil Company ist es gelungen, auch den letzten noch unabhängigen Wettbewerb, den der österreichischen Petroleum-Raffinerien, in ein Verhältnis zu bringen, für das man schonend das Wort „Vertrag“ anwendet. Durch dieses Unterwerfungsinstrument ist der gegenseitige Konkurrenzkampf abgestellt worden; die Deutsche Erdöl-Gesellschaft, der die galizischen Raffinerien die Wahrnehmung ihrer Interessen überlassen hatten, hat sich mit einer bestimmten Quote des Absatzes begnügt, welche die Standard Oil Company übrigens aus Sorge vor dem kommenden Monopol höher bemessen hat, als es sonst der Fall gewesen wäre. Beide Gesellschaften haben nun beschlossen, Hand in Hand zu gehen, und sich am Verbraucher für den vergangenen Konkurrenzkampf lüchzig zu „erholen“. Formell haben sie in nicht ungeschickter Weise in den Vertrag eine Bestimmung eingefügt, daß die Deutsche Erdöl-Gesellschaft nicht über 19 Pfennig Verkaufspreis pro Liter hinausgehen soll, wenn der Reichskanzler widerspricht — eine Bestimmung, die, wie von Juristen versichert wird, ganz undurchführbar ist, und die übrigens noch ein paar Pfennige Mehrverdienst über den gegenwärtigen Stand hinaus ließe.

In diesem Augenblick hat nun das Reich eingegriffen durch Vorlegung des Schutzgesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl. Wir können uns an dieser Stelle natürlich nicht mit den Einzelheiten des Entwurfs beschäftigen und können ebensowenig die für die genaue Beurteilung notwendige Vorprüfung der Versorgung Deutschlands vornehmen. Aber wir dürfen doch die grundsätzliche Bedeutung des Schrittes nicht außer acht lassen. Es geschieht wohl zum ersten Mal, daß in einer Regierungsvorlage mit allem Nachdruck betont wird, nicht nur das Privatmonopol einer kapitalistischen Gesellschaft sei gefährlich, sondern auch, es sei Aufgabe des Reiches, dem entgegenzutreten. So wie wir immer mit allem Nachdruck auf dem Gebiete des Bodens dafür eingetreten sind, daß die Öffentlichkeit nicht zusehen könnte, wie wichtige Teile des Volkvermögens, unentbehrliche Bestandteile unserer nationalen Wirtschaft, in die Hände bestimmter einzelner Monopolistenkreise gerieten, so betont jetzt die Regierung daselbe auf dem Gebiete des Petroleumhandels. Sie macht sich stark gegen das Privatmonopol und erklärt ganz unzweideutig, es müsse abgelöst werden.

Man kann begierig sein, wie der Kampf abläuft. Wir kennen aus unseren eigenen Kämpfen die mate-

riellen und sogenannten geistigen Kampfmittel unserer Privatmonopolistischen Widersacher sehr wohl, und wir glauben, daß wir Spuren ihrer Kampfsart bereits in der beginnenden Diskussion über das Petroleummonopol wiedererkennen. Auch hier scheint von der Gegenseite mit allen Mitteln gearbeitet zu werden, und vor allen Dingen versucht man auch hier, die Unbeliebtesten glauben zu machen, sie würden durch das Eingreifen des Reiches geschädigt. Ebenso wie es den großen Terrangeseellschaften gelang, bei der Bekämpfung der Zuwachssteuer die von ihr gar nicht berührten Hausbesitzer sich dienlich zu machen und sie vor ihren Wagen zu spannen, ebenso arbeiten die deutschen Vertreter der Standard Oil Company dahin, alle die von ihr mehr oder weniger abhängigen Detaillisten zu einem Oppositionszug gegen das Vorgehen des Reiches zu veranlassen.

Sie sammeln zu Zehntausenden durch ihre Tankwagenkäufer Reversse der Detaillisten, daß das ihnen gelieferte Öl immer gut gewesen sei, und erreichen diese Reversse dadurch, daß jeder Käufer, der einen Revers mitbringt, 10 Pfennig, und jeder Detaillist, der einen solchen unterschreibt, einen Kalender bekommt! Man sieht, die Mittel sind nicht sehr viel andere, als wir sie auch kennen.

Wir werden den weiteren Gang der Sache mit Aufmerksamkeit verfolgen und möchten unsere Freunde bitten, von unserem Standpunkt aus die Sache im ganzen Reich weiter zu verfolgen. Wir müssen das wertvolle Jagdobjekt, das uns gegeben ist im Kampfe gegen Privatmonopole, festhalten, und daran helfen, die Sache durchzusetzen, und müssen vor allem verhindern, daß amerikanische Privatmonopolisten sich als stärker erweisen denn das Reich.

Weihnachten und Wirtschaftsleben.

Das Weihnachtsfest wird mit jedem Jahre im Wirtschaftsleben von größerer Wichtigkeit und der Geschäftsgang zur Weihnachtszeit ist schon zu einem Maßstab der Konjunktur geworden. Infolge der Verteuerung aller Lebensmittel und besonders des Fleisches wird man freilich in diesem Jahre nicht auf ein besonders gutes Weihnachtsfest rechnen dürfen. Trifft diese Verunsicherung zu, werden zu dem kommenden Feste nicht die Umsätze erzielt, die sonst zu erwarten wären, so wird sich dies bald nach Weihnachten in einer Steigerung der Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. In früheren Zeiten profitierten aus dem Weihnachtsgeschäft hauptsächlich nur die Spielwaren- und die Zuckwarenindustrie, heute bleibt beinahe kein Industriezweig vom Weihnachtsgeschäft unberührt; denn in viel größerem Umfange als früher werden jetzt vor dem Weihnachtsfeste auch die verschiedensten Luxus- und Gebrauchsgegenstände gekauft. In besonderem Maße zieht natürlich immer noch die Spielwarenindustrie aus dem Weihnachtsgeschäft Vorteile, die Spielwarenindustrie hat sich auch in den letzten Jahrzehnten ganz bedeutend erweitert; dann je verschiedenartiger die Spielwaren nach ihrer Zusammensetzung, nach Stoff, Herstellung und Verwendungsart werden, desto mehr Berufsgruppen beschäftigen sich mit der Herstellung von Spielwaren. Das technische Zeitalter zeigt sich auch bei der Herstellung der Spielwaren und der Umsatz von kleinen Maschinen, Werkzeugen, Eisenbahnen usw. für die Kinderwelt ist gegenüber den anderen Arten des Spielzeuges ganz bedeutend gestiegen.

Schon seit längerer Zeit ist auch der Umsatz im Buchhandel während der Weihnachtszeit ganz be-

deutend gestiegen. Ein sehr großer Teil des Bücherumsatzes fällt auf die Weihnachtszeit und namentlich die die weniger wohlhabenden Schichten der Bevölkerung decken den Bücherbedarf meist zur Weihnachtszeit. Als Hauptweihnachtsindustrie kommen weiter die Schokoladen-, Pfefferkuchen- und Zuckwarenindustrie in Betracht; ferner zieht die Feinbäckerei und das Konditorgewerbe große Vorteile aus der Weihnachtszeit. Ein verstärkter Umsatz zeigt sich auch jedesmal vor dem Weihnachtsfeste in der Zigarren- und Zigarettenindustrie, in der Seifen- und Parfümeriefabrikation. Zu Weihnachten wird bei den verkauften Waren vielfach Wert auf eine feine Ausstattung gelegt, deshalb erhalten auch vor Weihnachten die Emballagenindustrie, die Kartonagenfabrikation, die Papier-, Einleiten- und Plakalindustrie vermehrte Aufträge. Von den reichen Bevölkerungsklassen werden jetzt zu Weihnachten auch viele Kunstgegenstände gekauft und so haben auch die Luxusgewerbe Vorteil aus dem Weihnachtsgeschäft. Sehr stark ist zu Weihnachten auch die Nachfrage nach billigeren Schmuckgegenständen aus der Juwelierbranche; nach Ringen, Broschen, Ohrgehängen, Uhrenketten, Uhren usw. Eine bedeutende Steigerung zeigt sich auch in der Lederindustrie. Es werden viel Portemonnaies, Zigarrentaschen, Brieftaschen, Bistienkartentaschen usw. gekauft. Auch im Kürschnergewerbe macht sich vor Weihnachten ein verstärkter Bedarf geltend. Ebenso wird vom Weihnachtsfeste stark beeinflusst der Blumenhandel, der Möbelhandel, das Bekleidungs- und der Handel mit den verschiedensten Haushaltungsgegenständen. Männer, die es ermöglichen können, schenken den Hausfrauen Nähmaschinen, Wanduhren, Bekleidung, Emaillewaren, Waschmaschinen, Wirtschaftswaagen, Kinderwagen usw. Bis auf das Land hinaus macht sich der Einfluß des Weihnachtsfestes bemerkbar; namentlich durch Lieferung der Weihnachtsbäume werden auf dem Lande ziemlich bedeutende Summen verdient. In den großen Verkaufsgeschäften genügt meistens vor Weihnachten das reguläre Geschäftspersonal nicht mehr und so müssen Aushilfskräfte eingestellt werden. Auf diese Weise erhalten viele Stellungslose wenigstens vorübergehend einen Verdienst. Auch durch den Verkauf von Christbäumen und von Christbaumschmuck und durch Anfertigung von selbstgefertigten Gegenständen, die in der Weihnachtszeit verkauft werden, suchen viele Arbeitslose vorübergehend eine Einnahme zu erzielen.

Die vermehrte Lieferung der verschiedensten Waren vor dem Weihnachtsfeste macht sich auch im gesamten Transportwesen, im privaten Spektationsgewerbe, bei der Eisenbahn und bei der Post bemerkbar. Namentlich bei der Post zeigt sich in den Tagen vor Weihnachten und an den Weihnachtstagen selbst eine ganz außerordentliche Zunahme des Paketverkehrs, so daß tausende von Lohnfuhrwerken und auch viele tausende Aushilfskräfte eingestellt werden müssen. Ob die große Masse der Bevölkerung in diesem Jahre besonders viel für Weihnachtsgeschenke ausgeben kann, ist aber sehr zweifelhaft und so mancher Mann wird in diesem Jahre der teuren Fleischpreise seiner Frau lieber eine Gans als einen anderen Gegenstand kaufen.

■ Hundschau. ■

Bitte, nicht übersehen! Der 31. Dezember 1912 ist ein wichtiger Tag! Eine Mahnung an alle diejenigen, die früher der Favalidenversicherung angehört, aber seit Jah-

Mittelalterliche Christbecherung für die Stadtwerkleute der Holzarbeit.

Ein kulturgeschichtliches Blatt von G. Krauß.

(Schluß verboten.)

Ein interessantes Blatt aus der Kultur- und Gewerbegeschichte des Mittelalters und den damaligen Sitten und Bräuchen bildet die hübsche und eigenartige Weihnachtsgeschichte, welche in Nürnberg der Stadtbaumeister den Stadtwerkleuten jährlich am heiligen Abend verehrte und worüber der Patrizier Endres Lucher, der 1461—1470 als Stadtbaumeister fungierte, in dem von ihm verfaßten Baumeisterbuch der Stadt Nürnberg erwähnte Nachrich: hinterlassen hat. Es hatte demnach der Baumeister der Stadt nach althergebrachtem Brauch den Baumeistern und Stadtwerkleuten, so besonders dem Zimmermannsmeister der Stadt, dem Stadtwaldhauer (Holzfäller), dem Stadtwagner, dem Stadtschreiner, dem Stadtglaser, dem Stadtbüttner (Böttcher), dem Stadtpolier, dem Oberbauaufseher usw. jährlich zum heiligen Christabend Sulzstücke zu spendieren, deren Zubereitung allerdings dem Ganzen wäres heutigen Geschickes weniger bezogen mag. Endres Lucher beschreibt diese, echt patriarchalische Gebräuge folgende Sätze, um seinen Nachfolgern in der Baumeisterwürde eine Anleitung zu geben, nach der sie sich richten könnten, sehr genau in einem besonderen Kapitel des Baumeisterbuches, heißt: „Von den Sulzstücken zu vermahnen“. Zunächst weiß er davon, daß der Brauch auf alter Tradition beruhe:

„Es hat auch ein Baumeister nach altem Herkommen der Baumeistern und Werkleuten, die für die Stadt arbeiten, allwegen zum heiligen Christabend spenden und eine Spende geben mit solchen Sulzstücken, doch dem einen mehr als dem andern, im Verhältnis, wie hernach geschrieben ist, und hat seinen anderen mehr.“

Hiernach werden die einzelnen Werkleute und die

auf sie treffenden Portionen der Weihnachtliche aufgezählt; die einen erhalten 5, die anderen 4 oder 3 Stücke Weihnachtssulzstück. 4 Stücke Sulzstück erhalten der städtische Bauaufseher, der Zimmermann-Stadtwerkmeister, der Stadtschreiner (Zischler), der Stadtwagner, der Stadtbüttner (Böttcher), der Stadtwaldhauer („Walzhauer“, der das Holz fällt und in die Stadt bringt), der Stadtpolier usw. Von Reiz ist es, zu erfahren, welche Bewandnis es nun mit diesen Sulzstücken hatte und wie sie zubereitet wurden. Die Schüssel mit den Portionen der 4 und 5 Fischstücke sollte zur Hälfte aus Hechten, zur anderen Hälfte aus Karpfen bestehen; die Schüssel mit denen der 3 Fischstücke zu einem Drittel aus Hechten, zu zwei Dritteln aus Karpfen. Alles in allem waren so 28 Stück Hechte und 40 Stück Karpfen zu verschicken, wozu der Baumeister beim Fischer 3 bis 4 Hechte und 10 bis 12 Karpfen bestellen mußte. Endres Lucher glaubt seinen Nachfolgern und damit der Nachwelt auch das Rezept zu ihrer Zubereitung nicht vorenthalten zu sollen. Es ist daselbe nicht ohne kulturgeschichtliches Interesse und möge deshalb hier mitgeteilt sein:

„In solchen Fischen nimmt man nach altem Herkommen, so wie Luz Steinlinger (ein Vorgänger Luchers in der Baumeisterwürde) aufgeschrieben hat, 15 Maß Weins, 2 Maß Essig, 4 Lot Safran 1/2 Pfund Ingwer, 4 Lot Pfeffer, 2 Lot laugen Pfeffer, 4 Lot Zinnwurzeln, 1 Pfund Klein Weinberlein, 2 Pfund Mandeln.“

Unsere modernen Gourmands würde diese Zubereitung wohl etwas merkwürdig vorkommen; in der früheren Zeit liebte man stark gewürzte Speisen, die zur Arikunft anreizen, und die Holzgewerbe und Holzarbeiter machten hieron durchaus keine Ausnahme.

In welcher Weise dann die „Becherung“ vor sich ging — die modernen Christbecherungen — waren damals noch nicht üblich und unsere jetzigen Weihnachtspraktiken wurden damals zu Renzjahr verehrt — zeigen die weiteren Mitteilungen des Baumeisterbuches

in anschaulicher Weise. Demnach hätte man früher diese Sulzstücke alle zusammen in einem Fischbottich machen lassen und jedem wurden dann in Schüsseln, die die Stadtwerkleute selbst stellen mußten, die auf ihn fallende Anzahl Stücke herausgegeben. Dagegen folgte Lucher einem anderen, von seinen beiden letzten Vorgängern eingeführten Modus; er ließ jedem Anteilberechtigten die auf ihn treffenden Fischstücke in einer besonderen Schüssel sulzen und dann durch den Schaffer (Anordner oder Bauaufseher) es den in Frage kommenden Stadtwerkleuten ansagen und sie auf eine bestimmte Stunde am Nachmittag des heiligen Christabends bestellen, damit ein jeder seinen Fisch holen könne; zugleich wurde jedem bedeutet, später dem Baumeister die Schüssel wieder zurückzugeben. Auch der Baumeister selbst und sein Gefinde dahin ergötzen sich an diesem leckeren Fischgericht; für sie wurden von dem Jageräusch und den Ueberbleibseln der Stücke eine Schüssel Fische bereitet. Die ganze Christbecherung kam auf 6 Pfund neu zu sehen, wobei wir bemerken, daß der Jahresgehalt des Baumeisters damals 100 Pfund neu betrug, wozu dann noch gewisse Naturalbezüge kamen; so wurden ihm die Abfälle vom Zimmerholz auf der Stadt Kosten in seine Behausung gefahren; der Baumeister verkaufte dann dieses Holz, und der Schaffer, der das Geld bei den Käufern einsammelt, bekommt dafür zum Neuen Jahre eine „Liedung“ oder ein Geschenk, ein Hemd oder dergl. von der Baumeisterin. Die Neujahrsbeschenke damaliger Zeit entsprachen, wie schon angedeutet, unseren jetzigen Weihnachtspraktiken. (Schluß folgt.)

*) Auf die Fischfreunden legte man früher dafür an Weihnachten um so größeren Wert. In der erchristlichen Zeit gingen dem Weihnachtsteste 40-tägige Fasten voraus, man suchte sich daher nach dem Ablauf dieser langen Zeit durch besondere Fischspeisen zu entschädigen, wie denn noch heututage in Norddeutschland der heilige Abend von den Kirchbewohnern Bullbutts-Abend („Boller Bauchabend“) genannt wird, wobei der Hausherr dem Gefinde Mehlpudding mit Rosinen usw. spendet.

zen die Versicherung unterlassen haben." Unter Hinweis auf die Nichtversicherungspflicht ist folgendes zu bemerken: Die Anwartschaft auf die Leistungen aus der Invalidenversicherung, die durch Beitragsentrichtung begründet worden ist, erlischt, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte verzeichneten Ausstellungsdatum auf Grund der Versicherungspflicht oder der freiwilligen Weiterversicherung weniger als 20 Wochenbeiträge entrichtet worden sind. Die erloschene Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte auf Grund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder freiwilligen Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und danach eine Wartzeit von 200 Beitragswochen zurückgelegt hat. Dies gilt aber vom 1. Januar 1913 nur noch für diejenigen Versicherten, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Es ist daher jetzt höchste Zeit für alle, deren Anwartschaft zurzeit erloschen ist, das Versicherungsverhältnis zu erneuern, es muß spätestens bis 31. Dezember 1912 geschehen. Wer früher eine Quittungskarte besessen hat und für den mindestens 100 Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet worden sind, der veräume nicht, sich sofort wieder eine Quittungskarte von seiner Ortsbehörde für die Arbeiterversicherung ausstellen zu lassen, geht sodann zum Postamt und kauft Beitragsmarken beliebiger Lohnklasse (es genügen solche zu 16 Pfennig) und beginnt unverzüglich wieder mit der Marktenhebung, jede Woche eine Marke. Das Versicherungsverhältnis ist erneuert, wenn auch nur eine Marke vor dem 1. Januar 13 geklebt ist. Sind auf neue 200 Marken gekauft, so leben auch seine Ansprüche aus der früheren Versicherung wieder auf, und erhält jeder bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit die gesetzlichen Renten, berechnet aus dem Gesamtbetrag, der überhaupt (also auch früher) für ihn bezahlten Beiträge.

Die Invalidenrenten werden nunmehr nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen auch neben dem Bezug von Pension (was bisher ausgeschlossen war) gewährt. Veräume also niemand, von diesem Rechte auch Gebrauch zu machen; in jedem Fall ist es nur nützlich.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die Firma Carl Zeiss, Jna, erklärt soden eine Bekanntmachung an ihre Geschäftsangehörigen, nach der sie für das vergangene Geschäftsjahr auf alle Verdienst- und Gehälter 9 Prozent nachzahlte. Diese Nachzahlung bedeutet, daß alle Geschäftsangehörigen mehr als einen Monatsverdienst extra erhalten, und ruft unter dem zahlreichen Personal naturgemäß große Befriedigung hervor. Die Einrichtung, die Geschäftsangehörigen an dem Jahresergebnis teilnehmen zu lassen, daher auch Gewinnbeteiligung genannt, besteht bereits seit dem Jahre 1895. Durchschnittlich wurden 8 Prozent gewährt. Die Firma Carl Zeiss ist die größte optische und feinmechanische Fabrik nicht nur Deutschlands, sondern der Welt, und beschäftigt gegenwärtig ca. 4300 Personen.

Eine Reform der industriellen Friedensgesetze in Dänemark. Die Regierung von Dänemark strebt eine Änderung der über Arbeitsstreitigkeiten bestehenden Gesetze an. Vor allem soll das bestehende Gesetz über die Errichtung von Schlichtern aufgehoben und durch ein anderes Gesetz ersetzt werden. Die jetzigen Komittees zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern sollen besser ausgestaltet werden und gleichzeitig soll ein oberes Gericht gebildet werden, an das die Streitigkeiten in zweiter Instanz gehen. Nach dem Entwurf sollen die industriellen Friedensämter mit großer Vollmacht ausgestattet werden. Die Gerichte sollen auch das Recht erhalten, gegen Parteien, die die richterlichen Anordnungen und Beschlüssen nicht nachkommen, Geldstrafen zu verhängen. Die Strafen sind sehr hoch; sie können festgesetzt werden auf 10 000 Mark, wenn eine Korporation den richterlichen Anordnungen entgegenhandelt, auf 500 Mark, wenn ein Arbeitgeber und auf 200 Mark, wenn ein Arbeiter in Veracht kommt. Bei wiederholter Verletzung richterlicher Beschlüsse und Anordnungen soll neben der Geldstrafe auch noch Gefängnisstrafe zulässig sein. Jede Aussperrung und jede Arbeitsentziehung sollen unzulässig sein, wenn die Beteiligten den Gerichten vorher keine Aufklärung über die Streitpunkte gegeben haben. Das Gericht kann vor dem Streit oder vor der Aussperrung eine Abstimmung unter den beteiligten Gruppen vornehmen lassen. Ob in diesem Gesetzentwurf für die Arbeiterorganisationen nicht auch schwere Hemmnisse verborgen liegen, wird sich allerdings von hier aus schwer beurteilen lassen.

Aus der Rechtsprechung

in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

Die Bierkautzelle. In dem Betrieb des Schreinermeisters J. in Stuttgart war am 26. Januar 1910 ein Arbeiter dadurch verunglückt, daß ihm bei der Bedienung einer Abriechelmaschine die Finger der einen Hand abgehauen worden waren. Der Arbeiter war auf dem Fußboden angegerast und so war der Unfall geschehen. Der Schwere des Unfalls wäre nicht möglich gewesen, wenn die Hobelmaschine an Stelle einer Bierkautzelle eine sog. Hand-

welle gehabt hätte, denn dann hätte der Arbeiter nicht mit der ganzen Hand in die Messer der Maschine geraten können, sondern höchstens mit den Fingerringen. Seit Jahr und Tag schon hat die Genossenschaft ihren Mitgliedern anempfohlen, sich, nur noch die sog. Rundwelle zu verwenden, eine Neuuerung, deren Anschaffung nur etwa 100 M. Kosten verursacht haben würde. Es bedeuere eine Verletzung der ihm obliegenden Gewerpflicht, wenn J. alle diese Ratsschlüsse nicht beachtet habe; und dieses Verschulden berechtigt die Genossenschaft, nach § 136 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes von ihm alle Aufwendungen ersetzt zu verlangen, die für den verunglückten Arbeiter gemacht werden mußten. Gegen J. hatte auch ein strafgerichtliches Verfahren geschwebt, das aber, auf seine Berufung beim Oberlandesgericht Stuttgart mit Freisprechung beendet wurde. J. wendete darauf ein, daß deshalb auch eine zivilrechtliche Schadenersatzklage gegen ihn unmöglich sei. Die Druksaenossenschaft habe niemals die Einführung der sog. Rundwelle direkt angeordnet, sondern nur anempfohlen. Nach dem am 26. Januar 1910 im Betrieb des J. erfolgten Unfall hat die Berufsgenossenschaft die Rundwelle ausdrücklich befohlen und die Verwendung von Bierkautzellen untersagt. Landgericht und Oberlandesgericht Stuttgart hatten den klagten Schreinermeister verurteilt. Der Umstand, so wurde in den Urteilen ausgeführt, daß J. im strafgerichtlichen Verfahren freigesprochen worden sei, reihe nach § 137 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes der zivilrechtlichen Klage nicht entgegen. Auch der ursächliche Zusammenhang werde von J. zu unrecht bestritten, denn es stehe fest, daß ein solcher Unfall bei Verwendung einer Rundwelle nicht möglich gewesen wäre. Die Genossenschaft habe ihre Bitte um Einführung der Rundwelle sogar mit Strafandrohungen unterstutzt. Das komme doch wohl einem direkten Gebote gleich. Nach alledem habe J. nicht das Recht von Sorgfalt erfüllt, daß von ihm auf Grund seines Gewerbes habe verlangt werden dürfen. Auf die Revision des Beklagten hob jedoch das Reichsgericht das Berufungsurteil auf und wies die Berufsgenossenschaft mit ihrer Ersatzklage ab. Die Abweisung rechtfertige sich vor allem durch das Verhalten der Berufsgenossenschaft selbst, die selbst immer davon Abstand genommen habe, die Rundwelle direkt vorzuschreiben. Wenn die Berufsgenossenschaft selbst dies nicht für nötig befunden habe, so habe auch der Beklagte seinerseits keine Gewerpflicht verletzt.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Rog, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

Angemeldetes Patent:

RI. 38b. Sch. 39561. Abzahnvorrichtung an Hobelmaschinen zur Holzbearbeitung. Jakob Schlotterbeck, Fürth i. B. Aug. 1. 11. 11.

Gebrauchsmuster:

RI. 34g. 530069. Neuernung bei gefesteten Volkstörungen für Möbel und anderes Inventar. Jakob Andr. Petersen, Kopenhagen. Aug. 27. 12. 11.

RI. 34i. 530335. Schraubtnebel für Schränke usw. Friedr. Karl vom Bruch, Belbert, Rhld. Aug. 31. 10. 12.

RI. 34i. 530423. Ausziehtisch mit diagonal getrennter Tischplatte. Hans Karl Geide, München. Aug. 22. 8. 11.

RI. 38e. 529907. Holzgewindekluppe. Walter Berner, Goldenberg, Post Remscheid-Saddebach. Aug. 23. 10. 12.

RI 38e 530169. Mechanische Leimzwinge. Jof. Sauter, Jammstadt. Aug. 14. 10. 12.

RI. 68b 530651. Oberlicht-Zugfangenverschluß. Firma Ernst Laves, Hamburg. Aug. 1. 11. 12.

Verlängertes Gebrauchsmuster:

RI. 68c 421631. Nachstellbares Türband. Oerttag-Werke, Vereinigte Gelschraufabriken, Kalen, Württ. Aug. 1. 12. 09. Berl. 31. 10. 12.

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Am Montag, den 9. November, hatte unser Ortsverein seine sämtlichen Vertrauensmänner im Verbandshaus, Greifswalder Straße, versammelt, um zu den neuen Vertragsverhandlungen Stellung zu nehmen. In einem längeren Referat gab unser Lokalbeamter, Kollege Sengebusch, einen Bericht über die Verhandlungen, welche bisher mit dem deutschen Holzarbeiterverband und dem Zentralverband der christlichen Holzarbeiter stattgefunden haben. Zurückgreifend auf die schon in der letzten allgemeinen Mitgliederversammlung besprochene Kündigung des Vertrages durch die Arbeitgeber führte der Redner aus, daß die drei Arbeiterorganisationen sich darin einig sind, daß bei einem neuen Vertragsabslusse eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung gefordert werden müsse. Die Festsetzung von Mindestlöhnen, sowie eine Verlängerung der Arbeitszeit sind außerdem durchaus angebracht. Die Vertragsdauer, welche bei dem jetzt abgelaufenen Vertrage drei Jahre betrug, soll bei dem neuen Vertrag auf vier Jahre sein. Die Regelung der letzteren, sowie die Frage der Arbeitszeit, haben sich die Zentralvorstände der Arbeitervereine- und Arbeitgeberorganisationen vorbehalten. Von einer Einigkeit kann bis jetzt in der schwierigen Frage zu den Berliner Verhandlungen, welche den vorantstehenden Nachweis betrifft, nicht gesprochen werden. Der deutsche Holzarbeiterverband verweist sich hierbei

darauf, daß an dem Obligatorium nicht gerüttelt werden darf, und begründet dies hauptsächlich damit, daß die Arbeitslosigkeit dadurch auf alle Schultern gleichmäßig verteilt wird. Zwar glauben dieses nicht mal seine eigenen Mitglieder, wie man ja seit 14 Tagen in der „Berliner Volkszeitung“ lesen konnte, aber was schadet es, der Zweck heiligt die Mittel. Für uns steht soviel fest, nachdem wir uns in den drei Jahren seines Bestehens davon überzeugt haben, daß dieses Obligatorium die Arbeiter schädigt, abzulehnen ist. In der nachfolgenden Diskussion, an der sich auch unser Bezirksleiter Kollege Volkman beteiligt, sprachen die Redner zu den einzelnen Punkten und erklärten ihr Einverständnis mit den aufgestellten Forderungen. Zu sehr erregten Auseinandersetzungen aber gab die zuerst angelassene Frage des Nachweises Anlaß. Aus eigenen Erfahrungen schöpfend sahen die Vertrauensmänner es nahezu als ein Verbrechen an den Holzarbeitern an, namentlich soweit es die Bautischer und Einfacher betriff, wenn das Obligatorium noch fernerhin bestehen sollte. Hier gibt es nur eine Hilfe, und das ist völlige Aufhebung desselben. Anschließend hieran ist noch von Bedeutung, daß inzwischen schon eine Sitzung mit den Arbeitgebern stattgefunden hat. In der Generaldiskussion über die Gesamtlage trug Glode vom deutschen Holzarbeiterverband, für die Arbeitnehmer die aufgestellten Forderungen vor, einschließlich des Nachweises. Wie voranzusehen, lehnten sämtliche Redner der Arbeitgeber dieselben mit mehr oder minder kräftiger Begründung ab. Mit ganz besonderer Schärfe aber das Obligatorium auf dem prinzipiellen Nachweis. Bemerkenswert und festzuhalten wäre hierbei eine zu wiederholten Malen abgegebene Erklärung des Vermeisters R. H. H. im Namen der Arbeitgeber, nach welcher es heißt: „Und wenn wir auch noch so gut über alles, ich wiederhole über alles, einig würden, und sie machen uns nicht die größten Konzessionen in bezug auf den Nachweis, so fliegt das ganze Ding in die Luft. Davon wird nichts abgesehen und würde es dann ohne Kampf nicht abgehen; den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern muß es freibleiben, ein Arbeitsverhältnis einzugehen, ohne den Nachweis in Anspruch nehmen zu müssen.“ Die Antwort Glodes bewegte sich in dem vom Verbands in dieser Frage eingenommenen Standpunkt. An der Diskussion beteiligten sich von beiden Seiten verschiedene Redner, und trat darnach Schluß ein mit der Bemerkung, daß in der nächsten Sitzung zu jeder einzelnen Frage verhandelt werden soll. G. H.

Deffau. Unser Ortsverein hielt am Sonnabend, den 7. Dezember, abends im Restaurant „Roh“, Schloßstraße, seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten und der Wiederwahl des bisherigen Vorstandes berichtete der Vorsitzende Kollege Diez über die Tarifbewegung im Holzgewerbe. In Anbetracht der Verhältnisse und der Kämpfe die nächsten Jahr stattfinden können, ist es nötig unsere Reihen zu füllen. Es wird einstimmig beschlossen, den Lokalbeitrag zu erhöhen. Um nun aber auch in unserm Ortsverein vorwärts zu kommen, ist es vor allem notwendig, daß sich unsere Kollegen an den Veranstaltungen mehr beteiligen. Kollegen, wachet auf und helfe alle mitwirken an der Hebung und Befreiung unseres Standes. Viel zu lange schon sind die Vorwärtsstrebenden gehemmt durch die Lunen und Gleichgültigen. Unser fleißiges Vordringen scheitert an der Unentschlossenheit der ewig Zögernden und Zumberden. Ernst Flöter.

Dortmund. Die Gewerkschaften von Dortmund haben nach mehrfachen Beratungen die Einführung von volkswirtschaftlichen Unterrichts- und Diskussionsabenden beschlossen, wozu einem lebhaften Bedürfnis Rechnung getragen worden ist. Am Sonntag, den 1. Dezember, fand die Einleitung desselben im Lokale des Wirt Rieve statt. Der Kollege Braun hatte die Einleitung übernommen. Derselbe legte eingehend den Wert und Zweck der Unterrichtskurse klar, und gab dann die zu behandelnden Vorträge bekannt. Zunächst sind in Aussicht genommen, Vorträge über: Die Volkswirtschaftslehre, die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die Fragen des Arbeiterrechtes und Arbeiterschutzes, die Gewerbeordnung, die Tarifvertragsfrage, die soziale Versicherungsgesetzgebung, das Konsumvereinswesen, die Baugenossenschaften, die Bodenreform, das Mietrecht, die Verfassung des deutschen Reiches und der Bundesstaaten usw., zu denen neben Kollegen aus der Gewerkschaftsbewegung auch Herren aus anderen Kreisen gewonnen sind. Zu den einzelnen Vorträgen sollen den Kursteilnehmern kurze Prüfungsfragen gestellt werden, womit eine bessere Wirksamkeit der Vorträge erzielt werden soll. Kosten entstehen den Teilnehmern nicht, abgesehen von den geringen Ausgaben für die notwendigen Schreibmaterialien. Aufgabe der einzelnen Ortsvereine muß es nun sein, für eine gute Beteiligung der Mitglieder an diesen Unterrichtsabenden Sorge zu tragen. Es wird hierdurch nicht nur die neue Einrichtung durchführbar sein, sondern auch durch die bessere Schulung der Mitglieder auch ein Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung selbst aus dieser Veranstaltung erwachsen. Der nächste Vortragabend findet am Sonntag, den 15. Dezember, abends 6 Uhr, im Lokale des Wirt Rieve, auf dem Berge 26, statt. Nachdem sich schon eine Reihe von Kollegen als ständige Teilnehmer gemeldet haben, richtet die Kursleitung auch an die übrigen Gewerkschaften das Ersuchen, sich zahlreich an diesem Kursus zu beteiligen. Vorläufig sind der

erste und dritte Sonntag im Monat, beginnend abends 6 Uhr, für die Kurzaufende festgelegt. Zum Aufsicht-leiter ist der Kollege Gräfen gewählt, zum Schrift-leiter der Kollege Wahlwienner. Auskunft erteilt der Kollege Braun, Gewerkevereinsbüro, Krimstr. 7, an den auch weitere Meldungen bezüglich künftiger Teilnahme zu richten sind.

Aus den nordbayrischen Ortsvereinen.

Anlässlich einer Tour unseres Hauptvorstehenden Kollegen Schumacher durch einige süddeutsche Ortsvereine, besuchte derselbe auch einige Ortsvereine Frankens. Die Ortsvereine Nürnberg, Jülich und Erlangen nahmen in einer gemeinschaftlichen Verwaltungssitzung, zu der auch die Vertrauensleute eingeladen und erschienen waren, ein Referat des Kollegen Schumacher in Jülich, dem Tagungsort, entgegen. Der Referent behandelte in eingehenden Ausführungen das Thema: "Die Tarifkündigung im Holzgewerbe". In klarer und ausführlicher Weise schilderte Redner die Gestaltung der Lohnbewegungen in der Holzindustrie und dem Baugewerbe. Das Tarifvertragsverhältnis und wie die Tarifverträge in den letzten Jahren die Anerkennung der Gegner fand. Die bevorstehende Tarifbewegung in ihrer eventuellen Wirkung, wenn es zum Kampf kommen sollte, sowie die Notwendigkeit der Gewerkevereinsarbeit schilderte der Referent in überzeugenden Worten in seinem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag. Ein im Sinne des Referats anschließende Diskussion, zeigte, daß trotz der gegnerischen Uebermacht und Bekämpfung, der Gewerkevereinsgedanke auf festem Fuß sich weiterbewegt und daß auch die kommende Bewegung im Holzgewerbe, wenn auch die frankischen Kollegen nicht direkt daran beteiligt sind, das regste Interesse unserer Kollegen erweckt. Die Versammlungen in Rothenburg und Uffenheim, die schon in der Tour des Kollegen Schumacher mit inbegriffen waren, konnten von ihm leider nicht mehr besucht werden, wegen dringender Rückreise in Sachen der Tarifbewegung. Dafür trat an diesen beiden Orten Kollege Schumacher an seine Stelle und referierte dort über das gleiche Thema. Auch diese beiden Versammlungen waren aus Mitgliederkreisen gut besucht und wurde an beiden Orten das Referat mit größtem Interesse entgegengenommen. In Uffenheim haben besonders auch die Bauarbeiter wesentlich zum guten Besuch der Versammlung beigetragen.

Lohnbewegung.

Zugang ist fernzuhalten nach Braunsberg (Dftr.), Frankfurt a. O., Königsberg (Unionsgießerei), Rybnitz (Drehfler), Stolp (Fa. Bloß).

Literarisches.

Handel und Industrie haben während der letzten Jahrzehnte einen ungeheuren Aufschwung genommen, gewachsen sind damit auch die Anforderungen, die an Intelligenz, Umsicht und Initiative der Führer und Beamten geschäftlicher Unternehmungen gestellt werden. Handelshochschulen wurden überall gegründet, die Gelegenheit bieten sollen zur Vorbereitung für derartige Posten, die aber doch nur für einen geringen Prozentsatz des Handelsstandes in Betracht kommen können — für 95 Prozent unserer Kaufleute eignet die Handelshochschule sich nicht, entweder weil das Studium zu viel Zeit erfordert oder zu hohe Anforderungen stellt an die Vorbildung oder auch an die materiellen Verhältnisse des jungen Mannes. Wer trotzdem der gebieterisch ankündenden Forderung der Gegenwart nach einer höheren Berufsbildung Rechnung tragen, durch ein feines Verhältnissen entsprechendes Studium auf dem Stellenmarkt oder in der Begründung einer Existenz sich konkurrenzfähig halten, eine höhere Karriere sich sichern will — und keiner wird sich hier von abschließen — verlange vom Verlag der im 19. Jahrgange erscheinenden Handels-

Academie, Leipzig, Gottschedstraße 5, gratis Probe-nummer. (Bezugspreis M. 2,65; Ausland M. 3.— pro Quartal.) Diese Zeitschrift hat sich die ideale Aufgabe gestellt, strebende junge Kaufleute unter ihre Fahne zu sammeln und ihnen praktisch ganzbare Wege zu zeigen zur Erlangung der höchsten Ziele, die auf dem Gebiete des Handels und der Industrie zu erreichen sind.

Briefkasten der Redaktion.

Sch. in Weiden. Sie senden mir 5 Marken zurück, ohne mir mitzuteilen, wer von den Mitgliedern dieselben nicht bezahlt hat. Dieses ist aber dringend notwendig. (Siehe Bekanntmachung in Nr. 45 der „Amtlichen Beilage“) Freundl. Gruß W. Zieffe.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 51. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Die gewählten Vorstände der nachstehenden Ortsvereine bzw. Verwaltungskassen werden hierdurch be-rätigt:

- Allenstein, Ammendorf, Ansbach, Augsburg, Barmen, Barmen, Berent, Berlin, Benthien, Biberach, Bochum, Brandenburg, Bremen, Breslau, Bromberg, Bülow, Bunzlau, Chemnitz, Köln, Cottbus, Cöstrin, Danzig I, Dessau, Döbeln, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Eisenach, Elberfeld, Elbing, Erfurt, Erlangen, Freiburg, Jülich, Glatz, Glogau, Götting, Gotha, Graudenz, Greifswald, Großenhain, Gumbinner, Hagen, Halle, Hamburg, Heppau, Hirschberg, Jeno, Kaiserlautern, Kall, Karlsruhe, Kerpden, Königsberg, Landsberg, Langensief, Landenburg, Leipzig, Leipzig-Lindenau, Liegnitz, Lindau, Löbau, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Marienburg, Memel, Naumburg, Neustadt a. d. Saardt, Neu-Ulm, Nürnberg I, Nürnberg II, Orlitzburg, Oranien, Passau, Posen, Prießitz, Radlinburg, Radeberg, Rathenow, Rawisch, Rothenburg, Rothenthal, Rudolfsstadt, Sanktby, Schmöller, Schweidnitz, Schwelm, Siegen, Spandau, Pr. Stargard, Stahfurt, Steinhilber, Stolp i. Pom., Striegau, Stuttgart, Themat, Thorn, Ulm, Weiskau, Wiersen, Warmbrunn, Weiden, Wesel, Wismar, Worms, Zeitz I, Zittau, Zossen, Zuffenhausen.

Die fehlenden Ortsvereine werden um sofortige Meldung ersucht.

Mit Jahresabschluss werden in den Ortsvereinen die Bücher der Kassierer zum Teil erneuert. Um unnötige Portoausgaben zu vermeiden, ersuchen wir die Ortsvereine Kassierer schon jetzt zu prüfen, ob die einzelnen Bücher noch für das Jahr 1913 ausreichen. Wo dieses nicht der Fall ist, ersuchen wir um Mitteilung, welche Bücher erneuert werden müssen; wir werden dann sämtliche Bücher auf einmal zusenden, ungeachtet, ob sie jetzt schon benötigt werden oder erst in der Mitte des Jahres. Selbstverständlich werden die alten Bücher zuerst aufgebraucht.

Verlorene Quittungsbücher.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren bzw. abhanden gekommen gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 3379 Leopold-Lindenau
- 11166 Berg-Cöln
- 11191 Schmeller-Düsseldorf
- 5814 Schirb-Cottbus
- 9310 Durben-Kall
- 999 Seisler-Benthien.

Unterstützungen dürfen auf diese Bücher nicht gezahlt werden. Der Hauptvorstand.

An die Ortsvereinskassierer.

Die Notwendigkeit, die Jahresabschlüsse unserer Zuschuß- und Begrüßungskasse der Aufsichtsbehörde rechtzeitig einreichen zu müssen, gibt Veranlassung, an alle Kassierer und Vorstehenden der Ortsvereine das dringende Ersuchen zu richten, dafür zu sorgen, daß die Abschlüsse nebst Anlagen für den Monat Dezember 1912 bis spätestens dem 6. Januar 1913 eingefandt werden. Es sei noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Mitglieder deshalb für eine pünktliche Beitragszahlung Sorge tragen müssen. Sollten außerdem dann noch einige Beitragsscheine vorhanden sein, so darf dieses die Abfertigung der Abschlüsse nicht verzögern. (Siehe Zeitsaden für die Verwaltung Seite 39, Abf. 2.)

Sodann sei darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt vermieden werden muß, zum Jahresabschluss in den Ortsvereinskassen oder in der Krl.-u. Begr.-Kasse mit Darlehen, sogenannter Rehrausgabe abzuschließen. Sollten die Ortskassierer mit ihrem Beständen in einer der Kassen voranschüsslich nicht ausreichen, so haben dieselben für die betreffende Kasse rechtzeitig Remittierungsanträge nach hier einzureichen.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß die für den Dezemberabschluss abzusendenden Gelder, welches in den ersten Tagen des Monats Januar geschehen muß, in keinem Falle schon in dem Abschluß Dezember als „an die Hauptkasse“ gesandtes Geld in Ausgabe zu stellen sind. Solche Abschlüsse, worin dieses geschieht, sind falsch und unbrauchbar, weil sie einen falschen Kassenbestand am Jahresabschluss aufweisen. Gelder, welche in den ersten Tagen des Januar abgesandt werden, sind in dem Januarabschluss in Ausgabe zu stellen, als „an die Hauptkasse gesandtes Geld“.

Sodann ersuche ich die Ortskassierer, bei der mit Jahresanfang notwendigen Eintragung der Mitglieder-nummern, Namen und Beitragsfähigen in das Beitragsverzeichnisbuch darauf zu achten, daß die Nummern in der Reihenfolge, von den niederen zu den höheren steigend, zur Eintragung kommen, z. B. 463, 1270, 1271, 8650, 12207 usw. Für die unserer Begrüßungskasse angehörenden Mitglieder sind die in der Eintragung des Mitgliedes nachfolgenden Rubriken zu benutzen.

Zu weiteren sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in Vereinen, wo eine Neuwahl der Kassierer stattgefunden hat, die bisherigen Kassierer die Kassen-geschäfte noch so lange zu verwalten haben, bis der Abschluß für den Monat Dezember abgesandt ist und die ordnungsmäßige Kassenübergabe stattgefunden hat. (Siehe Zeitsaden für die Verwaltung Seite 39, Abf. 9.) W. Zieffe, Hauptkassierer.

Zur Beachtung!

Die Bestellungen auf Formulare, Statuten-bücher und sonstiges Geschäftsmaterial müssen, wenn diese mit der Versendung der in gleicher Woche fälligen „Sicht“ erledigt werden sollen, bis spätestens Mittwoch vormittags in Händen des Bureaus sein.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 21. Dezember 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, 6. Wollschläger, Adalberstr. 21. Vertrauensmännerversammlung und Zahlabend. Bezirk Nord und Bautischler. Abds. 8-10 Uhr, 6. Mattausch, Brunnenstr. 143, Zahlabend. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, 6. Marienhall, Goethestr. 59, Bezirksversammli. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Großgörschenstr. 29, Bezirksversammlung.

Sonnabend, den 28. Dezember 1912: Bezirk Ost und Möbeltischler. Abds. 8 1/2 Uhr, Petersburger Str. 55, Zahlabend. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Biesen-schlößchen, Schloßstr. 66, Zahlabend. Möbell- u. Fabrik-tischler. Abds. 8 1/2 Uhr, 6. Schröder, Stettiner Straße 50, Zahlabend.

Rege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet Die Verwaltung.

Anzeigen.

Für den Inhalt der Anzeigen ist die Redaktion der Zeitung nicht verantwortlich.

Das Christkind kommt! Mit großer Freude erfüllt diese Tage die Lust jedes Menschenkindes: denn ein jedes hofft mit einem schönen Geschenk bedacht zu werden. Dem Heber fällt es nicht schwer, die Geschenke des Kindes zu treffen. Eine wertvolle und gediegene Sache bietet der umfangreiche Prachtatlas des weltberühmten und als streng nach bewährten Verhältnissen von Penning & Co. in Berlin N.S. 511. Es ist hier nur an die Prämien, Taschen- und Wand-uhren, Musikinstrumente, Spielzeug und dergl. zu denken. Der im eleganten Aufmachung erscheinende Katalog enthält zugleich einen Einblick in den reifen Geschäftsbetrieb der Penning & Co. für den kaufmännischen Umsatz sei hier nur der erwähnte Katalog mit 20000 Uhren erwähnt. Der Katalog enthält über 20000 verschiedene Artikel. In jeder Abteilung der Kataloge befindet sich die reelle, genaue Beschreibung der Waren, man kann sie kaufen. Sie empfehlen sich für alle Gelegenheiten, ungeachtet eine Karte zu schreiben, und im Anhang des Kataloges befindet sich ein Verzeichnis der Adressen der Penning & Co. in Berlin N.S. 511, Schönebergstraße 3.

Ortsverein Neufölln.

Sonnabend, den 21. Dezember 1912
6. Kramer, Hermannstr. 199,

Berufsammlung.

Bolzähliges Erscheinen erwartet
Der Ausschuss

Submissionskaffe.

Die Mängel des hientigen Submissionswesens und ihre verderblichen Folgen für den gewerblichen Mittelstand.

Jeder Gewerbetreibende muß dieses Büchlein lesen. Preis einschl. Zusendung 2,10 Mk., Nachn. 25 Pf. mehr. Zu beziehen nur direkt vom Verfasser Carl A. Kottke, Berlin NO 55, Goldaperstr. 2.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—

Sie sind in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Rommelsmann, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4.— Mk., 100 Stück feine 9 Pfg.-Zigarren für 4.— Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 4.— Mk. Ein Versuch führt zu dauerhafter Kundenschaft. — 500 sende franco. — Nichtbenutztenes nehme unfrankiert zurück. Versand nicht unter 100 Stück. — H. Felber, Reinholdhaus, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16 — Gearbeitet 1898.